G-07 / Niederlassung und Aufenthalt

**Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer/innen**

1. Die Niederlassungsfreiheit wird in der …………………………………………………. (Art. 24 der …….) geregelt und lautet wie folgt:

„Schweizerinnen und Schweizer haben das Recht, sich an jedem Ort des Landes niederzulassen. Sie haben das Recht, die Schweiz zu …………………………… oder in die Schweiz ………………………………………….“.

1. Welches sind die Hauptmerkmale des Hauptwohnsitzes?

………………………………………………………………………….

………………………………………………………………………….

1. Kann man mehrere Hauptwohnsitze haben?

……………………………..

1. Was hinterlegt man in diesem Fall bei der Gemeinde?

………………………………………………………………….

1. Was erhält man als Bestätigung?

………………………………………………………………

1. **Aufenthalt** hat, wer bloss vorübergehend oder zu einem Sonderzweck in einer Gemeinde anwesend ist. Aufenthalt ist jede Art eines meldepflich-tigen Verweilens an einem Ort, der nicht als Niederlassung zu qualifizieren ist. Nebenwohnsitz hat eine Person, die mindestens 3 aufeinander folgende Monate oder drei Monate innerhalb eines Jahres in einer Gemeinde anwesend ist. Eine Person kann **mehrere Nebenwohnsitze** begründen. Für den Nebenwohnsitz hinterlegt man einen **Heimatausweis**. Ein Meldeschein dient als Hinterlegungsbeweis und ist im Gegensatz zum Schriftenempfangsschein nicht unbefristet, sondern befristet.

Welche Aufenthaltsformen können das sein?

………………………………………………………….

………………………………………………………….

………………………………………………………….

………………………………………………………….

………………………………………………………….

1. Der zivilrechtliche Wohnsitz einer Person befindet sich an dem Ort, wo sie

sich mit der Absicht des …………………………………….. ………………………………

aufhält.

Als Wohnsitz der Kinder unter elterlicher Sorge gilt der Wohnsitz der

………………………………. oder, wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, der Wohnsitz des Elternteils, unter dessen Obhut das Kind steht.

Verbeiständete Personen haben ihren Wohnsitz am Sitz der

…………………………………………………………..

1. Wer bildet die Datenzentrale der Gemeinde?

Die …………………………………………………. Sie führt das Einwohnerregister, das

als Grundlage für die übrigen Verwaltungsstellen dient.

Wer in einer Gemeinde zu-, um- oder wegzieht, hat das innert ……… Tagen bei der zuständigen Einwohnerkontrolle zu melden.

Logisgeber sind meldepflichtig.

Leiter von Kollektivhaushaltungen der Kategorien: Alters- und Pflege-heime, Wohnungen und Heime für Kinder und Jugendliche, Internate,

Institutionen für behinderte melden …………………………….. die Bewohner.

Leiter von Kollektivhaushaltungen der Kategorien: Spitäler, psychiatrische Langzeitpflege, Straf- und Massnahmevollzug, Asylunterkünfte melden per

……………………………….. ihre Bewohner.

1. Was ist ein Heimatschein und wo wird er hinterlegt?

………………………………………………………………………………………………………………

……………………………………………………………………………………………………………..

……………………………………………………………………………………………………………..

1. Was ist eine Meldebestätigung für den Hauptwohnsitz und wie lange ist diese gültig?

…………………………………………………………………………………………………………….

1. Was ist ein Heimatausweis und wer stellt diesen aus?

………………………………………………………………………………………………………………

……………………………………………………………………………………………………………..

……………………………………………………………………………………………………………..

1. Was ist eine Meldebestätigung für den Nebenwohnsitz und wie lange ist diese gültig?

…………………………………………………………………………………………………………….

Ausländerwesen

Die Rechte aller Nicht-EU/EFTA-Staaten (sogenannte **Drittstaaten**) sind im **Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG)** geregelt.

Im Rahmen der bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz ist unter anderem das **Personenfreizügigkeitsabkommen** am 01.06.2002 in Kraft getreten. Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) wird schrittweise eingeführt und beinhaltet seither die Rechte über Aufenthalt und Niederlassung der **EU-/EFTA-Staatsangehörigen.**

**Die 28 EU-Mitglied-Staaten**

Be…………………….., Bul……………………………………………. Dä………………………………,

Deu……………………………….., Est…………………………, Fi…………………………………,

Fra…………………………………, Le…………………………, Li…………………………,

Gri…………………………………., Gro………………………………. Ir…………………………,

It…………………………, Kro……………………………., Lux…………………………..……,

Ma……………………………., Nied………………………………….., Oes………………………………,

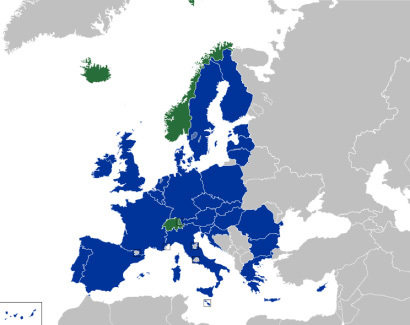
Po…………………., Por………………………., Ru ……………………………………………

Slo………………………………….., Slo……………………………., Schwe………………………………,

Spa…………………………….., Tsche……………………………., Un………………………,

Zy………………………………..

**EFTA-Staaten** (*European Free Trade Association)*: Fürstentum Liechtenstein, Island, Norwegen, Schweiz



**Bilaterale Abkommen**

Im Sommer 1999 haben die EU und die Schweiz …….. bilaterale Abkommen unterzeichnet, darunter auch das Abkommen über den freien Personenver-kehr. Dieses Abkommen ist seit dem 01.06.2002 in Kraft. Es wurde infolge der EU-Erweiterung durch ein Protokoll ergänzt, welches per 01.04.2006 die schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit mit den 10 neuen EU-Staaten regelt. Das Protokoll II zur Ausdehnung des FZA auf Rumänien trat per 01.06.2009 in Kraft.

Durch das FZA und dessen Protokolle werden die Lebens- und Arbeitsbe-dingungen für EU/EFTA-Staaten vereinfacht, z.B. durch gegenseitige Anerkennung von Berufsdiplomen, durch das Recht auf den Erwerb von Immobilien und die Koordination der Sozialversicherungssysteme.

Bewilligungsarten

**Kurzaufenthaltsbewilligungen (L)**

**Drittstaaten**

Dauer von ………. bis max. ……………………..Monate für Au-pair, Stagiaires, Studienaufenthalte.

Stellenwechsel ist grundsätzlich nicht erlaubt, eine Verlängerung ist nicht möglich.

**EU-EFTA**

Die Kurzaufenthaltsbewilligung ist für Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag …………………. Jahr oder an Dienstleistungserbringer. Sofern ein neuer Arbeitsvertrag vorgelegt wird, kann diese erneuert werden. Inhaber der Kurzaufenthaltsbewilligung haben Anspruch auf Familiennachzug.

**Jahresaufenthaltsbewilligungen B**

**Drittstaaten**

Bewilligung für ………. Jahr, die bei gleichbleibenden Verhältnissen verlängert werden kann. Ein Stellenwechsel ist nicht mehr bewilligungspflichtig, jedoch ein Wohnsitzwechsel in einen anderen Kanton.

**EU-EFTA**

Die Bewilligung ist für ……………….. gültig und kann verlängert bzw. in eine Niederlassungsbewilligung geändert werden. Bei unbefristeten Arbeitsverträgen. Bei Erwerbslosigkeit muss die Solvenz vorliegen, bei unsicheren Verhältnissen wird die Bewilligung nur für ……………….. ausgestellt.

**Niederlassungsbewilligung**

**Drittstatten**

Ausländer erhalten nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von …… bzw. ……. Jahren die unbefristete Niederlassungsbewilligung. Berufs- und Stellenwechsel sind nicht bewilligungspflichtig. Aber auch hier ist der Kantonswechsel bewilligungspflichtig. Selbständigkeit ist erlaubt. Kontrollfrist von 5 Jahren.

**EU-EFTA**

Sie ist von …………………………………. und an keine Bedingung gebunden. Die EU-Staatsangehörigen erhalten grundsätzlich die Niederlassungsbewilligung nach einem Aufenthalt von …………………………... Die Kontrollfrist wird alle ………………… verlängert.

**Kurzaufenthaltsbewilligung K**

Bewilligung für die Dauer von max. ….. Monaten innerhalb eines Kalender-jahres. Die Ausländer erhalten keinen Ausländerausweis und werden nicht von der Einwohnerkontrolle erfasst.

**Grenzgänger G**

Ausländer ohne Wohnsitz ………………………………. Vor der Aufnahme der Erwerbstätigkeit muss der Arbeitgeber beim Amt für Migration und Integration eine …………………………… beantragen.

**Asylsuchende N**

Asylbewerber, die um Anerkennung der …………………………………………. und Gewährung des Asyls nachsuchen. Asyl bei Botschaft oder an einer der vier

Empfangsstellen in …………………………….., …………………………………………,

………………………………………, ……………………………………………………………….

**Vorläufige Aufnahme**

Zeitlich befristete Ersatzmassnahme für den ………………………………………….. einer Entfernungsmassnahme. Kommt nur in Betracht, wenn der Vollzug eines rechtskräftigen Wegweisungs- oder Ausweisungsentscheids nicht möglich oder zumutbar ist.

**Besuchsaufenthalt**

Jeder Ausländer darf sich bis zu ………………………… innerhalb eines halben Jahres nach der Einreise als Tourist in der Schweiz aufhalten. Visumspflichtige Staatsangehörige müssen vorgängig ein Visum beantragen.

**Familiennachzug**

**Drittstaaten**

Jahresaufenthalter und Niedergelassene könnten unter bestimmten Voraussetzungen und auf Antrag ihre Familienangehörigen nachziehen.

Schweizer haben Rechtsanspruch auf Familiennachzug ausländischer Ehepartner. Niedergelassene haben ein Recht auf Nachzug des Ehepartners und Kinder bis zum 18. Altersjahr. Anspruchnahme innerhalb von 5 Jahren ab Bewilligungserteilung oder Entstehung des Familienverhältnisses. Kinder über 12 Jahre müssen innerhalb von 12 Monaten nachgezogen werden.

**EU-/EFTA**

EU-Angehörige mit Niederlassungs- Aufenthalts oder Kurzaufenthaltsbe-

willigung können begleitet werden von ……………………………………… und

Nachkommen, die jünger als …………….. Jahre sind. Oder von den Eltern oder Schwiegereltern, sofern der Unterhalt gewährt wird.

**Meldevorschriften bei den Ausländern**

Beim Zuzug aus dem Ausland muss der Ausländer ein gültiges Visum oder die Zusicherung der Aufenthaltsbewilligung vorweisen. Das Amt für Migration und Integration regelt den Aufenthalt und stellt den Ausländerausweis aus.

Die Anmeldung hat innert ……………….. persönlich bei der Einwohnerkontrolle zu erfolgen. Sämtliche Dokumente sind der Behörde vorzulegen. Nach der Aufenthaltsregelung erhält der Ausländer den Ausländerausweis.

Die Abmeldung hat ebenfalls innert 14 Tagen zu erfolgen. Beim definitiven Wegzug in Ausland hat der Ausländer die def. Wegzugserklärung zu unterschreiben und den Ausländerausweis abzugeben.

**Aufenthaltsunterbrechung**

Hält sich ein Ausländer länger als ………………………………. im Ausland auf, erlischt grundsätzlich seine Bewilligung.

**Erlöschen einer Bewilligung**

Folgende Gründe führen zu einer Erlöschung der Bewilligung:

……………………………………………………………………………………………..

…………………………………………………………………………………………….

…………………………………………………………………………………………….

……………………………………………………………………………………………

**Aufrechterhalten**

Auf Gesuch hin kann die Niederlassungsbewilligung während ……………………….. aufrechterhalten werden. Das Gesuch ist vor Ausreise beim Amt für Migration und Integration zu stellen. Gründe sind …………………………………………………

………………………………………………………………………………………………………… etc.